

Antrag IV. „Linke Grundprinzipien verteidigen! Nein zu Kriegsrechtfertigung – Islamophobie und pro-kapitalistischen Positionen!“

Die Mitgliederversammlung möge folgende Grundsatzpositionierung verabschieden: Die politische Linke ist in ihrer langen Geschichte niemals ein monolithischer Block gewesen. Schon immer existierten unterschiedliche Auffassungen zu verschiedenen Themenebeneinander. So ist auch die linksjugend [solid] ein pluralistischer Verband. Wo also verschiedene Ideen und Theorien, innerhalb des politischen Programms, zur Erreichung der gemeinsamen Ziele verfolgt werden können. Einigend wirken dabei immer gemeinsame weltanschauliche Grundvorstellungen, so zum Beispiel der Wille zum Kampf für ein egalitäres Menschenbild, soziale Gerechtigkeit und Frieden. Diese einigende Klammer scheint für einen Teil der politischen Linken allerdings keine Gültigkeit mehr zu besitzen. Sogenannte „Antideutsche“, deren Zusammenhänge auch innerhalb der linksjugend [solid] wirken, verlassen den Konsens linker Haltungen zusehends. „Antideutsch“ mag auf den ersten Blick radikal und kämpferisch klingen. Man steht nicht nur proforma gegen Staat und Kapital, sondern befindet sich auch in Totalopposition zu dem Land, das die Nazi-Herrschaft und den Holocaust hervorbrachte. Tatsächlich aber bedeuten „antideutsche“ Positionen ein Abdriften ins bürgerliche Lager. Dabei handelt es sich nicht um eine heterogene Gruppe sondern um Personen und Publikationen, welche in unterschiedlicher Schattierung neoliberale Werte propagieren und den Nahost Konflikt in den Kategorien des zweiten Weltkriegs imaginieren. So können sie eine unbeschränkte Solidarität dem jüdischen Israel und dem ehemals Alliierten USA propagieren um ihre subjektive, deutsche Kollektivschuld zu verarbeiten. Verweise auf die Politik dieser Ländern und deren Auswirkungen werden grundsätzlich als Antiamerikanisch bzw. Antisemitisch abgetan. Mit ihrer philosemitischen Identifikation von Israel und Juden agieren sie selbst antisemitisch und steigern sich bei Kritik in eine Überidentifikation mit diesen. Vertreten wird vor allem die Auffassung, dass dem bürgerlichen israelischen Staat als Heimstätte des Judentums die Rolle zukomme, als Schutzschild gegen einen globalen Antisemitismus zu wirken. Sie negieren dabei aber die Existenz einer Klassengesellschaft in Israel und machen keinen Unterschied zwischen den Herrschenden und der großen Masse der ArbeiterInnen und Erwerbslosen. Obwohl sich jede Diskussion mit ihnen um Israel dreht, schweigen sie zu gemeinsamen arabisch-jüdischen Demos gegen Wohnungsnot und Kriegsgefahr. Sie denunzieren israelische KriegsdienstverweigererInnen, RegierungskritikerInnen und Linke und solidarisieren sich stattdessen mit den politischen Eliten und der israelischen Armee, die angeblich alleine antisemitische Bedrohungen abwenden könne. Die Kriege der israelischen Streitkräfte werden folglich nicht hinterfragt, sondern gegen linke Kritik verteidigt. Der Islamismus, manchmal auch die gesamte islamische Religion, wird meist als „Islamofaschismus“ und als Wiederkehr des völkischen Antisemitismus der Nazis beschrieben. Je nach Spektrum wird auch Umma-Sozialismus, in der Tradition des antikommunistisch-antisemitischen Propaganda Begriffs „jüdisch-Bolschewistisch“, gesprochen. Der Kampf gegen den politischen Islam sei deshalb ein antifaschistischer Kampf, der in Ermangelung anderer Kräfte von den bürgerlich-kapitalistischen Mächten Israel und USA geführt werden müsse. Sie verkennen dabei, dass ihr aggressiver Islam-Hass zur Ethnisierung der Debatte beiträgt und so einen Nährboden für Antisemitismus und Rassismus schafft. Einige bedeutende Figuren der antideutschen Bewegung schreiben heute in rechten Zeitungen wie Springers Welt oder Focus. Die "Islamkritik" neokonservativer Apologeten hat mit emanzipatorischer Theorie und Praxis nichts zu tun. "Islamkritik" ist gerade nicht Religionskritik in der Tradition von Feuerbach-Marx-Freud. Sie reflektiert auch nicht den Zusammenhang von islamischen Gesellschaften und globaler kapitalistischer Herrschaft. Sie ist vor allem ein Aufruf zur Unterwerfung: unter eine Gesellschaftsordnung, die von den "Islamkritikern" absolut gesetzt wird.